



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan, Anne Franke, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Maximilian Deisenhofer, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Anna Toman, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Bayerns Zukunft liegt in Europa IV – Europa als gemeinsamen Wissenschaftsraum stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Wissenschaft lebt vom Austausch, sowohl über Disziplinen als auch über Ländergrenzen hinweg. Mit dem Europäischen Hochschulraum wurde ein Verbund geschaffen, der den internationalen Austausch wissenschaftlicher Aktivitäten fördert. Im Austausch der Gedanken und von wissenschaftlichen Erkenntnissen lebt auch ganz essenziell der Geist von Europa. Wissenschaftspolitische Kleinstaaterei hat den Erkenntnisgewinn immer ausgebremst.

Ein gemeinsamer Forschungsraum ist heute wichtiger denn je, denn die Schlüsselfragen unserer Zeit – Klimawandel, Umweltschutz, Energiewende, Migration und Ernährungssicherheit – können nicht mehr allein auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene gelöst werden.

Doch wir stehen heute, exakt 20 Jahre nach Unterzeichnung der Bologna-Erklärung, einem freien internationalen Wissenschaftsaustausch viel näher als wir es jemals waren – trotz aller Mängel, die es bei der Umsetzung von Bologna bis heute noch gibt. Und wir müssen diesen Weg weitergehen, wenn wir wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn für wichtig erachten. Mit dem Erasmus+-Programm hat auch die Europäische Union einen Rahmen für Austausch, vor allem im Hochschulbereich, aber auch in Bildung, Jugend und Sport, geschaffen. Viele bayerische Hochschulen geben mit ihren Internationalisierungsprogrammen ein leuchtendes Vorbild. Doch dem wissenschaftlichen Austausch auf europäischer Ebene stehen Weichenstellungen bevor.

Der Landtag fordert die Staatsregierung daher dazu auf:

- sich über den Bundesrat für ein Folgeprogramm zu Erasmus+ über 2020 hinaus und für eine Ausweitung und solide Finanzierung der europäischen Austauschprogramme stark zu machen;
- sich nicht nur für ein Nachfolgeprogramm bzw. eine Fortführung von Horizont 2020 – dem weltweit finanzstärksten, in sich geschlossenen Förderprogramm für Forschung und Innovation – einzusetzen, sondern seine Ausweitung zu fordern. Das Forschungsförderprogramm sollte mit mehr als den bisherigen 80 Mrd. Euro ausgestattet werden, um das Ziel eines Europäischen Forschungsraums und einer unionsweiten wissens- und innovationsgestützten Gesellschaft und Wirtschaft erreichen zu können. Dabei sollen künftig insbesondere auch Sozial- und Geisteswissenschaften mit einbezogen werden incl. europaweite Konflikt- und Friedensforschung;

- die konsequente und flächendeckende Umsetzung des Übereinkommens über die Anerkennung von Qualifikationen im Hochschulbereich in der europäischen Region (Lissabon-Konvention), insbesondere der Beweislastumkehr gem. Art. III.5 der Konvention, an allen bayerischen Hochschulen sicherzustellen;
- die Implementierung der Bologna-Erklärung insbesondere in den Bereichen Mobilität und Studienerfolg bei Studierenden aus unterrepräsentierten Gruppen (siehe Bericht im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst am 13.06.2018 der 17. Wahlperiode) in den Fokus zu nehmen;
- Kooperationen wie gemeinsame Studienprogramme, Double-Degree-Programme oder Austauschprogramme für Studierende, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und andere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bayerischer Hochschulen weiter zu fördern und deren Ausbau zu finanzieren;
- im Vorschlag für den kommenden Doppelhaushalt die Gelder für Internationalisierungsprogramme der Hochschulen deutlich aufzustocken und Anreize für die Etablierung und Ausweitung solcher Programme zu schaffen;
- sich lautstark dafür einzusetzen, dass die Wissenschaftsfreiheit in ALLEN europäischen Staaten geachtet wird und sich öffentlich gegenteiligen Tendenzen entgegenzustellen. Bilaterale Kontakte und Programme besonders in gefährdeten Staaten zu stärken;
- die Umsetzung eines Unterstützungsangebots für verfolgte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (siehe obiger Bericht, sowie Beratungen zu Drs. 17/18889) innerhalb wie außerhalb des Europäischen Hochschulraums weiter zu forcieren;
- die Beteiligung und Sichtbarkeit bayerischer Hochschulen und außeruniversitärer Forschungseinrichtungen an europäischen und länderübergreifenden Forschungsprojekten und -verbänden strukturiert durch Förderprogramme und Anreizsysteme auszubauen. Eine weitergehende internationale Sichtbarkeit bayerischer Forschung soll auch durch den weiteren Ausbau von Open-Access-Projekten bayerischer Hochschulen und Bibliotheken erreicht werden;
- neue Konzepte (wie etwa Coachingprogramme, Habilitationsstipendien etc.) zur Entwicklung der Hochschulstruktur im Freistaat insb. im Hinblick auf unterrepräsentierte Gruppen in den höheren Hochschulebenen (Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit Behinderung etc.) zur Förderung im Rahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF) oder seiner Nachfolgeprogramme auszuarbeiten.

Begründung:

Der Wissenschaftsbereich lebt seit jeher vom Austausch – auch und gerade über nationale Grenzen hinweg. In der Wissenschaft ist die europäische Zusammenarbeit daher in den vergangenen Jahrzehnten auf fruchtbaren Boden gefallen. Die Etablierung eines europäischen Hochschulraumes, der vor allem Studierenden eine größere Mobilität ermöglicht, war eine der größten hochschulpolitischen Weichenstellungen überhaupt. Bei allen Mängeln an der bisherigen Umsetzung ist klar, dass der Weg in der Wissenschaft hin zu mehr Internationalisierung und mehr europäischer Zusammenarbeit führt, wenn wir weiter an Innovationen arbeiten wollen und Forschung wie Lehre zukunftsfähig gestalten wollen.

Auch die Europäische Union hatte ihren Anteil an der Vernetzung des Wissenschaftsbereichs in Europa. Von seiner Entstehung 1987 bis heute hat das ERASMUS-Programm fast eine Milliarde Auslandsaufenthalte von Studierenden, Forscherinnen und Forschern und Hochschulmitarbeiterinnen und Hochschulmitarbeitern in ganz Europa ermöglicht. Viele Menschen konnten von den Erfahrungen profitieren, die sie an anderen Hochschulen, in anderen Ländern und in anderen Forschungscommunitys machen konnten.

Nie vergessen sollte man dabei, dass die Europäische Union ein Friedensprojekt ist. Neben der wirtschaftlichen Gemeinschaft sind es gerade auch die – durch grenzüberschreitende Studien- und Forschungsprogramme hervorgerufene – Verzahnung im Wissenschaftsbereich, aber auch die in diesem Rahmen entstehenden persönlichen Kontakte, die ein Garant dafür sind, dass Kriege innerhalb Europas unvorstellbar geworden sind und dies für immer bleiben sollen.

Gerade in der Wissenschaft brauchen wir in Zukunft deshalb mehr statt weniger Europa. Der Weg zu Innovation und Erkenntnisgewinn führt nicht über Kleinstaaterei, sondern über Internationalisierung und Öffnung der Forschungs- und Hochschullandschaft. Wir wollen daher ein klares Bekenntnis für europäische Wissenschaftspolitik abgeben und fordern den Freistaat auf, in allen Bereichen die Europäisierung und Internationalisierung der Wissenschaftspolitik auszubauen.